

und Bolschewizismus
Gesetzwidrigkeiten
2

10 Pfennig

ts

Anzeigenpreis:
Die achtebaltene Normzettelgröße kostet 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 40 Pfg. (gewöhnlich 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellengeld und Schlüsselnummern das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte 20 Pfg. 80 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, anreichen werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

ff.
rtei Deutschlands.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 95 65 u. 146 62.

im Westen.

Das Proletariat unter der Diktatur.

Von Robert Schmidt.

Selbstkritik hat bisher stets zu den stärksten Tugenden der Arbeiterbewegung gehört. Wir geben daher sehr gern dem Genossen Robert Schmidt das Wort, der arge Missetaten, die sich unter der Herrschaft der A- und S-Kräfte herausgebildet haben, kritisiert. Wir hatten die A- und S-Kräfte für ein notwendiges Organ der Ueberleitung zur neuen vollkommen demokratischen Staatsordnung, haben also das höchste Interesse daran, daß sie vor der Geißel stehen können. Gerade darum ist Kritik doppelt und dreifach nötig. (Red. d. „Vorwärts“.)

Das System des alten Regimes, das mit seiner so lang geheiteten Herrschaft der Junkerkrasse und des Großkapitals verunkelt ist, hat uns einen hoffnungsvollen Ausblick eröffnet für die Entwicklung eines freihellen demokratischen Volksstaates. Wie nicht anders zu erwarten, ist nun in der kurzen Zeitpanne manches noch nicht so geordnet, wie es den Interessen der Allgemeinheit dienlich wäre. Aber es ist hohe Zeit, daß wir nunmehr dahin drängen, eine Klarheit und Sicherheit des Zieles festzusetzen, wie der neue Aufbau gestaltet sein muß. Es zeigen sich gegenwärtig Mängel, die auf die Dauer eine ernste Gefahr bieten für das neue Staatsleben, und was viel schlimmer ist, es gelangen Bestrebungen zur Geltung, die nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des Proletariats sind.

Ein Blick auf die Organisation unserer Nahrungsmittelversorgung läßt erkennen, daß wir leider hier nicht zu einer Zentralisation der Verwaltung, sondern zu einem Durcheinander kommen, das, wenn weiter dieser Weg eingeschlagen wird, die schon vorhandenen Schwierigkeiten noch vergrößert. Wir haben uns seinerzeit gegen die Ueberführung einzelner Kommunalverbände in der Lebensmittelversorgung gewandt und hervorgehoben, daß Deutschland bei seiner unterschiedlichen wirtschaftlichen Konstellation den einen Bezirk als Ueberlieferungsgebiet für die Nahrungsmittelversorgung braucht, um den anderen das Fehlende zu geben. Was die Landräte aufgegeben haben, wird in einigen Bezirken von den Arbeiter- und Soldatenräten mit größter Eifer wieder aufgenommen. Unausgesetzt müssen Bemühungen in den Mühlen zu verhindern. Nicht die Zentrale, die Reichsregierungsstelle oder das Reichsernährungsamt haben zu entscheiden über das, was der einzelne Bezirk zu erhalten hat, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat befindet darüber. Das ist so weit gegangen, daß man die Mehllieferungen nicht nur am Aufgabort, sondern auch unterwegs ein- auch zweimal aufhielt. Auf Weisung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Entladung der Transporte verweigert, und wenn dann nach vielen Bemühungen die Freigabe erreicht war, erlebte man, daß an einer anderen Stelle erneut der Transport ins Stocken geriet. Gegenwärtig, ganz abgesehen davon, daß von der schnellen Belieferung der Bedarfsbezirke unendlich viel abhängt, verschwendet wir durch diese Eingriffe in unerhörter Weise Transportmaterial, denn jede Störung nimmt das so nötige Transportmaterial länger in Anspruch, als es unbedingt notwendig ist.

Recht sonderbar nimmt es sich aus, wenn von einer Stelle versucht wird, ein regelrechtes Schiebergeschäft einzuhalten. So bietet ein Arbeiter- und Soldatenrat einer Gemeinde die Lieferung von Zucker gegen den Entzug von Kartoffeln an. In den Hafenstädten führt der Marinerrat eine Herrschaft, die recht bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Wir haben gegenwärtig in deutschen Häfen Schiffe mit ungefähr 500 000 Tonnen Schiffsraum zur Ansfahrt bereit. Es ist naheliegend, daß dieses Schiffsmaterial nicht in Betrieb genommen werden kann, ohne daß zuvor dringende Reparaturen an ihm erledigt sind. Der Marinerrat hat an einigen Orten die Uebernahme der Schiffe in Reparatur von seiner Zustimmung abhängig gemacht. Man hätte für diese Maßnahme eine Erklärung kaum finden können, wenn nicht jetzt bekannt würde, man wolle eine Pression auf die gegenwärtige Regierung ausüben. Eine solche Maßnahme würde sich in ihrer gefährlichen Wirkung gegen die hungernde Bevölkerung richten; es darf wohl von der Regierung erwartet werden, daß sie sich einer solchen unerhörten Diktatur, die dem Volksganzen den schwersten Schaden zufügt, nicht beugt.

Unklarheit herrscht auch über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Regierung hat durch

V

I

J

A

Resolution

h. v. O. R. 1.

Rev. S. R. 1.

St. Kl. 1.

h. v. O. R. 1.

Proletariat

h. v. O. R. 1.

h. v. O. R. 1.

(Monat)

